

Archive im (räumlichen) Kontext Archivbauten und ihr Umfeld

Vorträge des 68. Südwestdeutschen Archivtags am 21. Juni 2008 in Ulm

Herausgegeben von Beat Gnädinger

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart 2009

HANS-DIETER LOOSE

Die Errichtung eines öffentlichen Archivs in „Public-Private-Partnership“

Erfahrungen beim Neubau des Staatsarchivs Hamburg

Vorbemerkungen

Für die Themenstellung ist trotz starker Vorbehalte des Berichterstatters gegen modische Anglizismen der Begriff *Public-Private-Partnership* verwendet worden, da das zu beschreibende Projekt bereits in der Entstehungsphase mit ihm belegt worden ist. Inzwischen ist der Begriff in Gutachten definiert worden und gehört zum politischen Sprachschatz. Demgemäß kann man ihn heute wie selbstverständlich auch in Parlamentsdrucksachen finden.¹

Zum besseren Verständnis des eigentlichen Themas sollen vorweg einige allgemeine Informationen zu den historisch gewachsenen kommunalen Strukturen Hamburgs gegeben werden. Die Freie und Hansestadt Hamburg ist als Land der Bundesrepublik Deutschland ein Stadtstaat. Dessen Regierung ist der Senat, sein Parlament wird Bürgerschaft genannt. In der hamburgischen Verfassung ist festgelegt, dass staatliche und gemeindliche Tätigkeiten nicht getrennt werden. Für das Staatsarchiv Hamburg bedeutet das, dass es gleicher-

maßen die Aufgaben eines staatlichen Archivs und die eines kommunalen Archivs wahrzunehmen hat.

Die heutige Ausdehnung Hamburgs ist 1937 durch das sogenannte Groß-Hamburg-Gesetz geschaffen worden. Durch dieses Gesetz sind die benachbarten früheren preußischen Städte Altona, Harburg-Wilhelmsburg und Wandsbek sowie einige preußische Gemeinden mit Hamburg vereinigt worden, das im Gegenzug seine Exklaven in Preußen – unter anderem Cuxhaven an der Elbmündung – verlor. In der Folge haben traditionsbewusste Hamburger lange zwischen *althamburgischen* und *neuhamburgischen* Teilen ihrer Stadt unterschieden. Parlament, Regierung und Verwaltung waren dagegen bestrebt, solche Kategorien durch Gleichbehandlung aller Gebiete zu überwinden, was nicht bedeutete, historische Eigenheiten von Stadtteilen zu beseitigen. Verwaltungsmäßig ist das hamburgische Gebiet in sieben Bezirke eingeteilt, von denen vier überwiegend aus *althamburgischen* und drei überwiegend aus *neuhamburgischen* Gebieten bestehen.

Das Staatsarchiv Hamburg ist 1710 als Senatseinrichtung institutionalisiert worden und umfasst die Überlieferung der Stadt vom Mittelalter bis in die Gegenwart.

Ehemalige Stadtarchive in Altona und Harburg konnten auf Dauer nicht vor Ort gehalten werden. Sie mussten gemäß einer Forderung des Rechnungshofs gegen die Wünsche der örtlichen Verwaltung und der Archivleitung in das Staatsarchiv überführt werden. Hier werden sie seither als eigene Beständegruppen verwahrt und wie alle sonstigen Bestände verwaltet.

Probleme im 1972 bezogenen Hamburger Archivgebäude Ende der 1980er-Jahre und Lösungsperspektiven für dieselben

1972 konnte das Staatsarchiv Hamburg erstmals in seiner mehr als 250-jährigen Geschichte als Senatsamt einen eigens errichteten Zweckbau beziehen.² Er lag im Herzen der Stadt, wenige Gehminuten vom Rathaus, wo das Archiv bis dahin untergebracht gewesen war, entfernt. Die Belegenheit war mit Bedacht gewählt worden. Zum einen befindet sie sich innerhalb der ehemaligen Stadtwälle, also auf geschichtsträchtigem Grund. Zum anderen handelt es sich um einen Geesthügel an der ABC-Straße, der frei von Gefährdungen durch Fluten aus Elbe, Alster und Fleeten war. Angesichts der großen Verluste an Zeugen der Vergangenheit in Hamburg erschien ein Platz, an dem sich historische Dimension und Sicherheitsaspekt miteinander verbanden, für das Archiv angemessen. Da der Bereich zur Neugestaltung anstand, wurde es dort platziert. Einer der damals renommiertesten Architekten der Stadt, Bernhard Hermkes, erhielt den Auftrag für Ent-

wurf und Errichtung des Neubaus. Er sollte sich an jüngsten Vorbildern für archivistische Bauten im In- und Ausland orientieren. Zugleich sollte er durch Integration von Läden in den Komplex dem politischen Wunsch nach urbaner Belebung des Straßenzugs Rechnung tragen. Die Gesamtaufgabe hat er im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel sowohl unter archivfachlichen als auch städtebaulich architektonischen Kriterien zufriedenstellend gelöst.



Zweckbau des Staatsarchivs Hamburg im Stadtzentrum an der ABC-Straße, bezogen 1972, geräumt und abgebrochen 1997. Vorlage: Staatsarchiv Hamburg 720-1 Plankammer 131-6, 231/256a; Fotografin: Sabine Ganczarsky.

Die Raumkapazität des neuen Gebäudes sollte für wenigstens zwei Generationen ausreichen. Aber bereits nach nicht einmal 20 Jahren war sie aus kaum vorhersehbaren Gründen erschöpft, und es musste eine Lösung für die Aufnahme nachwachsenden Archivguts gefunden werden.³ Zwei Möglichkeiten boten sich an, nämlich einerseits die Überbauung eines Parkdecks zwecks Schaffung zusätzlicher Magazinflächen und andererseits die Einrichtung eines Außenmagazins. Die Überbauungslösung erwies sich schon nach ersten überschläglichen Berechnungen als mit vertretbarem Aufwand nicht realisierbar. So wurde die Einrichtung eines Außenmagazins ernsthaft angegangen. Dafür sollte ein in einem Außenbezirk nicht mehr benötigtes jüngeres Schulgebäude hergerichtet werden. Die detailliert kalkulierten Kosten hierfür beliefen sich auf rund vier Millionen DM, deren Bewilligung vom zuständigen Staatsrat optimistisch beurteilt wurde.

Während der Vorbereitung der politischen Entscheidung über dieses Vorhaben traten drei weitere ernsthafte Probleme am Archivbau an der ABC-Straße zutage. Zum einen war er in Teilen so stark asbestbelastet, dass er in die höchste Sanierungskategorie eingestuft wurde. Zum anderen korrodierte seine Metallfassade und begann partiell das isolierende Vakuum zu verlieren, wodurch sich Kälte- bzw. Wärmebrücken zwischen innen und außen bildeten. Zum Dritten zeigten sich starke altersbedingte Verschleißerscheinungen an den Maschinen der Klimaanlage mit der Folge von Verlusten der Klimastabilität in den Magazinen. Allein für die unabdingbare Behebung des ersten und des dritten Problems ergab sich nach den Berechnungen der zuständigen Baufachleute ein Finanzbedarf von mindestens 10,3 Millionen DM (6,5 Millionen DM für Asbestsanie-

rung und 3,8 Millionen DM für Erneuerung der Klimaanlage). Die zusätzlich nötige Summe für die Fassadensanierung blieb einstweilen unbestimmt. Zu der Sanierungssumme von 10–15 Millionen DM kamen die genannten Kosten für das Außenmagazin von gut vier Millionen DM hinzu. Da öffentliche Gelder in dieser Größenordnung zur Behebung von Mängeln, die sich bei einem noch nicht 20 Jahre alten Zweckbau ergeben hatten, nicht zu bekommen waren, musste ein neuer Ansatz gesucht und verfolgt werden.

Hier bot sich die andernorts – zum Beispiel in Köln und in Wiesbaden – bereits erfolgreich erprobte Idee an, das begehrte wertvolle Grundstück mit dem Archivgebäude zu verkaufen und mit dem Erlös einen neu strukturierten größeren Neubau auf städtischem Grund in einem anderen Stadtbezirk zu errichten. Sondierungen beim Finanzsenator ergaben, dass dieser Ansatz zum Ziel führen könnte. Eine Realisierungschance wäre gegeben, so hatte eine interbehördliche Arbeitsgruppe errechnet, wenn für die Innenstadtimmobilie mindestens ein Verkaufserlös von 47 Millionen DM erzielt werden könnte, was die Finanzverwaltung für vorstellbar hielt.

Partnerschaftskonstellationen für die Neubaulösung

Ab Mitte 1990 verfolgte das Staatsarchiv – immer in engem Kontakt mit der Liegenschaftsabteilung der Finanzverwaltung und mit der Bauverwaltung – nacheinander konkret drei Partnerschaftskonstellationen für den Lösungsansatz, nämlich

a) Tauschangebot eines Nachbarn mit Expansionswünschen und Gegenangebot eines Konkurrenten,

- b) Angebot einer öffentlich-rechtlichen Bank, eines ihrer Gebäude, das nach wenigen Jahren durch technische Entwicklungen entbehrlich geworden war, für Archivzwecke um- und auszubauen, und
- c) Ausschreibung eines Investorenwettbewerbs zur Vergabe eines Archivneubaus auf einem staatlichen Grundstück außerhalb des Stadtzentrums gegen Überlassung einer hochwertigen Innenstadtimmobilie.

Der Nachbar hatte auf der dem Archiv gegenüberliegenden Seite der ABC-Straße ein Projekt mit Wohnungen, Läden und Gastronomie für gehobene Ansprüche realisiert und strebte nun dessen Anbindung an das südlich gelegene Geschäftsviertel durch Übernahme und Neubebauung des Archivgrundstücks an. Seine Vorstellung berührte sich stark mit der der Stadtplaner. Sein erstes Angebot belief sich auf 44 Millionen DM. Allerdings hatte er das Ziel, ihm gehörende Grundstücke mit in Zahlung zu geben und dort das neue Archiv entstehen zu lassen. Als die Verhandlungen daran zu scheitern drohten und der Konkurrent mit seinem Angebot, das er mit einem überzeugenden Vorentwurf für ein Archiv auf einem exponierten verfügbaren Grundstück untermauerte, an Boden gewann, bot der Nachbar an, sich mit der öffentlich-rechtlichen Bank zusammenzutun und das von dieser angebotene, durch Qualität und Zuschnitt bestehende Gebäude archivmäßig auszustatten. Alle drei Anläufe scheiterten: Der Nachbar bekam Weisung von seiner schwedischen Zentrale, nicht mehr in Hamburg zu investieren; bei der Bank war das angebotene Gebäude wegen einer sich anbahnenden Fusion plötzlich nicht mehr disponibel; der Konkurrent wandte sich schneller vorankommenden Projekten zu.

Nach den optimistisch stimmenden Anfängen war dieses Ergebnis fast zweijähriger Bemühungen recht deprimierend. Mit den genannten Problemen im Nacken durfte aber nicht resigniert werden, zumal eine Rückkehr zur Außenmagazinalösung nicht mehr möglich war, da das dafür vorgesehene Gebäude inzwischen zur Unterbringung von Asylbewerbern, die in nicht gekanntem Ausmaß gekommen waren, genutzt werden musste. So wurde auf einen Investorenwettbewerb hingearbeitet.

Unabdingbare Voraussetzung für eine solche Ausschreibung war, sie mit einem geeigneten neuen Standort für das Archiv der Stadt verknüpfen zu können. Im Frühjahr 1992 stellte die Liegenschaftsverwaltung dem Staatsarchiv fünf verfügbare städtische Grundstücke, die ihr nach Lage, Größe und Bebaubarkeit als neuer Archivstandort geeignet erschienen, zur Auswahl. Eine Archivarskommission bewertete sie nach Kriterien wie Bebaubarkeit, spätere Erweiterungsmöglichkeiten, bestehende Umweltbelastungen, nachbarschaftliches Umfeld, Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln und anderen mehr. Sie kam einhellig zu dem Schluss, dass ein durch Verlegung einer Feuerwache frei gewordenes Grundstück im urbanen Zentrum des Bezirks Wandsbek am besten den Anforderungen entsprach. Vom Hauptbahnhof war und ist es mit U- oder S-Bahn in einer sechs Minuten längeren Fahrzeit genauso bequem zu erreichen wie die ABC-Straße. Zur Universität besteht eine direkte U-Bahn-Verbindung. Benutzerinnen und Benutzer, die während langer Forschungszeiten einen Mittagstisch suchen, finden ein vielfältiges Angebot im nahen Einkaufszentrum und in gastronomischen Betrieben rund um den Wandsbeker Markt. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

ter des Staatsarchivs profitieren von dieser lokalen Infrastruktur. Für Veranstaltungen und Ausstellungen wurde erwartet, dass sie wie im alten Gebäude ihr Publikum finden würden.

Das klare Votum für den Standort Wandsbek veranlasste die Finanzbehörde, insgesamt zwölf Projektentwickler und Baugesellschaften zur Abgabe von Angeboten für ein Koppelgeschäft Neubau eines Archivgebäudes am vorbezeichneten Ort gegen Inzahlungnahme und rentable Verwertung des derzeitigen Archivgrundstücks an der ABC-Straße aufzufordern. Dadurch wollte sie ein genaueres Bild der finanziellen Konsequenzen des Vorhabens gewinnen. Von den zwölf angesprochenen Firmen gaben fünf ein Angebot ab. Vier wollten den Neubau Staatsarchiv und das Projekt ABC-Straße als Junktum realisieren. Ein Anbieter wollte nur den Archivneubau errichten und als Teilentgelt das frei gemachte Grundstück ABC-Straße übernehmen. Die Preisvorstellungen für die Archivverlegung bewegten sich zwischen 38 und 60 Millionen DM. Keines der Angebote erschien verhandlungsfähig. In Gesprächen mit den Bietern wurden zusätzliche Angaben und Festlegungen erbeten. Anfang 1994 hatte die interbehördliche Arbeitsgruppe endlich eine Entscheidungsgrundlage und kam nach eingehender Diskussion zu dem Ergebnis, mit der Bewerbergemeinschaft aus Projektentwickler B & O Consulting Systems und SF-Bau Projektentwicklung GmbH – Letztere eine Tochter des Strabag-Konzerns – in konkretisierende Verhandlungen einzutreten, an deren Ende ein Vertrag stehen sollte, der von Regierung und Parlament akzeptiert würde.

Für einen solchen Vertrag fehlten entscheidende Elemente, die im Vorfeld mithilfe von vorvertraglichen Vereinbarungen geschaffen werden mussten, nämlich genaue Festlegungen in Hin-

blick auf den Archivneubau und dessen Architektur sowie in Hinblick auf die Nachfolgenutzung und -bebauung des bisherigen Archivgrundstücks. Beides sollte über städtebauliche Wettbewerbe gewonnen werden, für die der Vertragspartner in spe in Vorleistung gehen sollte und deren Kosten am Ende in die Gesamtabrechnung eingehen sollten. Falls ein Vertrag nicht zustande kommen bzw. das Vorhaben scheitern würde, sollte die Stadt verpflichtet sein, die Vorleistungen zu erstatten.

Vor Ausschreibung der Wettbewerbe sollte dem potenziellen Investor zu seiner Sicherheit das Grundstück ABC-Straße an die Hand gegeben werden. Dies geschah im Juli 1994 durch Senatsbeschluss. Die Anhandgabe sollte zur Ermittlung endgültiger Zahlen der Kosten für den Archivneubau und des Verkaufserlöses, der im Tausch für die Übereignung von Gebäude und Grundstück an der ABC-Straße an den Investor zu erzielen wäre, dienen. Zum Zeitpunkt seiner Entscheidung ging der Senat davon aus, dass das Koppelgeschäft den Staatshaushalt einmalig mit 5–9 Millionen DM belasten und durch einzusparende Betriebskosten infolge weitgehenden Verzichts auf künstliche Gebäudeklimatisierung jährlich um 200 000 DM entlasten würde. Als interbehördliche Werterstattung für das Grundstück in Wandsbek waren acht Millionen DM errechnet. Gemessen an den Alternativen (Asbestsanierung, Erneuerung der Klimaanlage und Erweiterung des bestehenden Dienstgebäudes sowie Außenmagazin) mit Kosten von 50–51,5 Millionen DM und ohne Einsparpotenzial, war die angestrebte Lösung positiv zu bewerten. Für die Regierung kam hinzu, dass dadurch eine wertvolle Innenstadtfäche für eine stadtwirtschaftliche Nutzung frei würde.

Städtebauliche Wettbewerbe und deren Ergebnisse

Unmittelbar nachdem die Anhandgabe des Tauschgrundstücks erfolgt war, lobte die *Arbeitsgemeinschaft Neubau Staatsarchiv* zwei einstufige, anonyme hochbauliche Realisierungs-Wettbewerbe für je sechs eingeladene Architektenbüros aus, nämlich einen für das Staatsarchiv Hamburg in Hamburg-Wandsbek und einen für ein Kontorhaus ABC-Straße 19 in Hamburg-Mitte. Die Preisgerichte hierfür waren unterschiedlich zusammengesetzt, wobei der damalige Oberbaudirektor und einige weitere Persönlichkeiten beiden Gremien angehörten.

Die Jury für die Kontorhaus-Entwürfe entschied sich einstimmig für einen Entwurf, der sie *bereits auf den ersten Blick durch seine architektonische Eigenständigkeit und formale Prägnanz* fasziniert hatte.⁴ Er erhielt den ersten Preis und stammt von Hadi Teherani von der Hamburger Architektengemeinschaft Bothe, Richter, Teherani. Dass der Entwurf mit einer Bruttogeschossfläche von über 15 000 Quadratmetern auch wirtschaftlich hochinteressant war und dadurch positive Auswirkungen auf den Erlös aus dem Verkauf des bisherigen Archivkomplexes haben würde, erfreute das Staatsarchiv und die an seiner Verlegung interessierten Behörden. Das jetzt unter *ABC-Bogen* bekannte Gebäude, das für die Gegend und ihre weitere Bebauung Maßstäbe setzt, ist 2000 fertiggestellt und bezogen worden.⁵

Weniger eindeutig war das Ergebnis des Wettbewerbs für ein neues Archivgebäude in Wandsbek. Die Jury kam zu dem Schluss, dass alle angebotenen Lösungen in unterschiedlichem Maß Mängel aufwiesen, zwei Entwürfe sich aber von den anderen abhoben. Beiden erkannte sie gleichrangig den zweiten Preis zu und empfahl dem

Auslober, die Urheber beider Entwürfe mit einer Überarbeitung zu beauftragen. Bei dieser Überarbeitung sollte es sowohl um Beseitigung von Mängeln als auch um eine Weiterentwicklung im Einvernehmen mit dem Nutzer, also dem Staatsarchiv, wie auch dem Investor gehen. Die Entwürfe waren erstellt worden zum einen von Jan Störmer vom Hamburger Büro Alsop & Störmer Architekten und zum anderen von Tuyen Tran Viet von der Hamburger Architektengemeinschaft Amorelli, Sembritzki, Tran Viet.

Störmer wollte zwei durch einen verglasten Brückenübergang miteinander verbundene Häuser so nebeneinanderstellen, dass ein wuchtiger quadratischer fensterloser Magazinklotz, der mit Schiefer verkleidet sein sollte, das lichte Gebäude für Verwaltung, Benutzung, Restaurierung usw. gegen die am Grundstück vorbeiführende viel befahrene Durchgangsstraße abschirmte. Dieses Verwaltungsgebäude war als langgestreckter schmaler Einspanner mit vielen Versprüngen zur Gewinnung von großflächigen Funktionsräumen geplant, wodurch eine überproportionale Fassadenfläche mit vielen anfälligen Winkeln entstanden wäre.

Tran Viet hatte einen Bau mit zwei Flügeln entworfen, die durch einen geschwungenen Kopfbau mit großem Durchgang verbunden waren, nach hinten auseinanderstrebten und am Ende durch einen transparenten, parallel zum Kopfbau geschwungenen Riegel abermals miteinander verbunden waren. Es wäre das ein Gebäude mit einladendem Innenhof geworden, der überquert werden musste, um den Eingang zu erreichen. Der Flügel parallel zur Durchgangsstraße sollte nach dort fensterlos sein und eine Abschirmung der Verwaltungs- und Funktionsräume bringen, die in dem anderen Flügel sowie in den beiden

Querbauten untergebracht waren. Die Fassadengestaltung des Verwaltungsflügels war eher konventionell im Stil eines Bürogebäudes. Der Magazinflügel sollte im Innenhof ein vor seine fensterlose Wand gebautes transparentes Treppenhaus erhalten. Der hintere Querriegel mit Benutzersaal und zugehörigen Einrichtungen sollte einen Durchblick vom Innenhof in die anschließenden Grünanlagen bieten.

Beide Entwürfe erfüllten das vorgegebene Raumprogramm. Beim Kostenvergleich lagen sie aber um etwa 9–10 Millionen DM auseinander, die eine Umsetzung der Störmerschen Ausarbeitung mehr gekostet hätte als die der Tran Vietschen. Die Presse berichtete durchaus sachlich über beide Entwürfe. Auf lokalpolitischer Ebene in Wandsbek artikuliert sich eine Mehrheit, die dem Störmerschen Ansatz zuneigte, unter anderem weil ihm die *Gefahr einer Provinzialität* fehle. Der Magazinklotz im Wechselspiel mit dem lichtdurchfluteten Glasraum des Parallelgebäudes faszinierte den Vorsitzenden der CDU-Fraktion in der Bezirksversammlung Wandsbek, wiewohl *eine hellgraue Schieferfassade, die sich bei Regen in glänzendes Schwarz verwandelt, ... der örtlichen Baukultur widerspräche*.⁶ Entschieden wandte sich nur die Bezirksfraktion der Grünen gegen den *speckigen 100-Meter-Sarg in Wandsbek* und forderte, dass bei der endgültigen Entscheidung über die Erscheinung des neuen Staatsarchivs vor allem öffentliche und örtliche Akzeptanz im Vordergrund stehen sollten. Sie favorisierte den Tran Vietschen Entwurf, bei dem es sich um *einen straßenbegleitenden, einheitlich klaren Bau mit einem zum Wandsetal gelegenen einladenden öffentlichen Lesebereich* handle.⁷

Auch die Mehrheit der Archivbediensteten tendierte zu dem Vorschlag von Tran Viet. Sie sahen

in seinem Gebäude die archivischen Funktionen klarer räumlich zugeordnet und versprachen sich von dem Haus vor allem mehr Möglichkeiten für archivische Öffentlichkeitsarbeit, weil sie es für den Bürger einladender empfanden als das Modell von Störmer mit einem wenig anziehenden Eingangsbereich zwischen eher abweisenden und kalt wirkenden Fassaden.

Vor diesem Hintergrund und im Wissen um die starke finanzielle Diskrepanz zwischen beiden Entwürfen bemühten sich die *Arbeitsgemeinschaft Neubau Staatsarchiv* und das Staatsarchiv selbst, mit beiden Architekten zu einer Optimierung ihrer Vorschläge im Sinne der Empfehlungen der Wettbewerbsjury zu kommen. Die Ergebnisse der intensiven Arbeit der Beteiligten wurden dem Preisgericht am 27. Februar 1995 präsentiert. Während sich der Entwurf von Tran Viet nicht grundsätzlich verändert hatte, sondern vor allem funktional verbessert worden war, hatte sich Störmer zu erheblichen Veränderungen entschlossen: Beim Verwaltungstrakt hatte er aus dem Einspanner einen Zweispänner gemacht, wodurch die vielen Versprünge entfielen und die Fassadenflächen erheblich reduziert wurden. Für den Magazinklotz verzichtete er auf die Schieferverkleidung und wählte stattdessen als Außenhaut changierende großformatige Glasplatten. (Später argumentierte er, dass er die Farben eines Eisbergs gewählt habe, als Symbol für Konservierung, wie sie im Archivmagazin stattfinde.) Das zweite Preisgericht empfahl (bei Stimmenthaltung meinerseits), den überarbeiteten Entwurf von Alsop & Störmer zur Grundlage der weiteren Planung zu machen und auf den anderen Entwurf nur dann zurückzukommen, wenn der Kostenrahmen durch Alsop & Störmer nicht eingehalten werden könne. Der Investor veranlasste vorsorglich einen Kostenver-

gleich beider überarbeiteter Entwürfe durch unabhängige Bausachverständige. Der ergab Bruttomehrkosten von 2,8 Millionen DM bei Störmer. Das hätte eine Überschreitung der angesetzten Bausumme um fünf Prozent bedeutet. Sie war vor allem auf den gestalterischen Bereich der Fassaden zurückzuführen, und der Investor suchte dort zusammen mit dem Architekten im weiteren Verlauf erfolgreich nach preisgünstigeren Lösungen.

Vertragsverhandlungen und Befassung des Parlaments

Die Wettbewerbsergebnisse für ABC-Straße und für Wandsbek verschafften die Sicherheit, dass das Projekt zum Erfolg geführt werden könnte. Jetzt galt es, verbindliche Vertragsgrundlagen zu schaffen und die Zustimmung des Parlaments zu den erfolgten Weichenstellungen zu gewinnen. Alleinigere Vertragspartner Hamburgs wurde nun SF-Bau Projektentwicklung GmbH. B & O Consulting Systems zogen sich nach der Akquirierungsphase zurück. Gemäß ihrem Angebot übernahm SF-Bau zu einem Festpreis von gut 50 Millionen DM folgende Verpflichtungen: Wettbewerbskosten, Errichtung des Archivneubaus nach den Plänen von Alsop & Störmer, Abbruch der Restgebäude in Wandsbek, Erschließung des Grundstücks, Außenanlagen, technische Installationen, Umzug und Mehrwertsteuer. Regale und Gebäudeausstattung (Möbel, Maschinen usw.) sollte das Staatsarchiv selbst ausschreiben und beschaffen. Die Bauqualität des Gebäudes und die Qualität der verbauten Teile wurden in einem Raumbuch definiert, das bis hin zu Steckdosen und Fensterbeschlägen alle Einzelheiten festlegte und Bestandteil des Vertrags wurde. Für das Grundstück

ABC-Straße wurde ein Kaufbetrag von 3500 DM pro Quadratmeter gewerblich nutzbarer Bruttogeschossfläche vereinbart, was nach dem Entwurf von Teherani gut 54,3 Millionen DM ergab. Der Differenzbetrag sollte der Stadt bei Übernahme des Wandsbeker Neubaus gezahlt werden unter Vorbehalt einer endgültigen Abrechnung nach Fertigstellung des Kontorhauses. Rücktrittsrechte und Ausgleich ihrer Vorleistungen wurden SF-Bau für den Fall eingeräumt, dass die notwendigen planungsrechtlichen Voraussetzungen für die ABC-Straße zwölf Monate nach Übergabe des Wandsbeker Neubaus nicht geschaffen sein würden.

Der Bürgerschaft, dem hamburgischen Landesparlament, wurden Sinn und Zweck des Projekts, Dimensionen des Neubaus, Vertragsinhalt, finanzielle Abwicklung mit einer voraussichtlichen Finanzlücke von 2,8 Millionen DM und Risiken vom Senat ausführlich dargelegt. Es wurde um Zustimmung zu dem Vorhaben sowie um eine Verpflichtungsermächtigung im Vorgriff auf den überschüssigen Teil des Verkaufserlöses gebeten.⁸ Die Zustimmung erfolgte am 21. September 1995,⁹ und einen Tag später wurde der Vertrag vor einem hamburgischen Notar rechtskräftig unterzeichnet.

Bauverlauf und Einzug mit Risiken

Die Errichtung des Neubaus des Staatsarchivs, für die zwei Jahre vorgesehen waren, begann Ende September 1995 mit einem *Abbruchfest* am neuen Standort, um für die Beteiligten und die Öffentlichkeit ein erstes Signal zu setzen. Als Generalunternehmer des Baus fungierte die Strabag Hamburg. Der Baufortschritt bewegte sich im vorgesehenen Terminplan. Das belegen die mar-



kanten Ereignisse: Grundsteinlegung Ende März 1996, Richtfest sieben Monate später, Übergabe und Umzug im Herbst 1997, Wiederaufnahme des Benutzungsbetriebs am 15. Januar 1998, offizielle Einweihungsfeier mit dem Bürgermeister am 3. März 1998.¹⁰ Bei der Endabrechnung stellte sich heraus, dass die erwartete Finanzlücke, für deren Schließung die Bürgerschaft, wie erwähnt, 2,8 Millionen DM bewilligt hatte, um mehr als eine Million DM unter dem Ansatz blieb.

Trotz aller Sorgfalt der Bauleiter ist eine ärgerliche Komplikation entstanden, die am Ende zu einem großen Zeitdruck geführt und die beteiligten Firmen viel Geld gekostet hat. Für die Magazine war ein Hartestrich vorgesehen, der nur aufge-

*Neubau des Staatsarchivs Hamburg im Stadtteil Wandsbek, bezogen 1997, Verwaltungstrakt von der Südseite.
Vorlage: Denkmalschutzamt Hamburg C0009681.*

bracht werden darf, nachdem der Betonboden einen Isolieranstrich erhalten hat. Sonst kann es Schäden am Beton bis hin zur Gefährdung der Statik geben. Den klaren Auftrag, den Estrich fachgerecht einzubringen, hat der Subunternehmer von Strabag nicht erfüllt. Er hat ohne Isolieranstrich gearbeitet. Das kam heraus, weil die Schienen für die verfahrbaren Regale nach Berührung mit dem Estrich binnen kurzem rosteten und andere Zersetzungserscheinungen zeigten.



Verwaltungs- und Magazintrakt des Staatsarchivs Hamburg von der Südseite.

Vorlage: Denkmalschutzamt Hamburg C0009682.

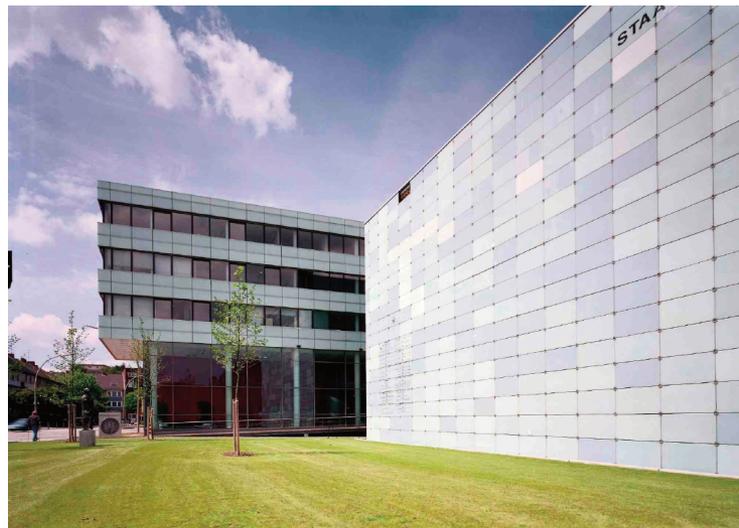
Die auf längere Sicht durch den Pfusch drohende Gefahr einer Zersetzung der Betonbewehrung konnte nur dadurch abgewendet werden, dass Estrich und Schienen aus mehreren Magazin-stockwerken mithilfe von Pressluftschlämmern wieder entfernt und danach neu und fachmännisch eingebracht wurden. Die ohnehin knappe Trocknungszeit verkürzte sich infolgedessen weiter, und für die Montage der Regalanlagen entstand ein enormer Zeitdruck.

Der festliegende Beginn des Umzugs konnte nicht verschoben werden, da die zügige Räumung des Altbaus aus finanziellen Gründen ein wichtiger Faktor für das Koppelgeschäft war. So erfolgte der Einzug in das neue Gebäude unter erschwerten Bedingungen, die dem Partnerschaftsmodell geschuldet waren. Die natürliche passive Klimatisierung, deren Voraussetzung ausgetrocknete Wände der Magazinräume sind, war noch nicht intakt. Es musste in der Anfangsphase im Neubau mit mobilen Klimageräten gearbeitet werden. Als sie die Konstanz des Klimas nicht bewirken konnten, wurden elektronisch gesteuerte Luft-tauscher installiert, die den gewünschten Effekt brachten.

Nach der offiziellen Einweihungsfeier und an einem frühen *Tag der offenen Tür* für die Anwohner des Neubaus und die Interessierten im Bezirk, der der Akzeptanz des Staatsarchivs im Stadtteil dienen sollte, war das Archiv auf dem Weg in eine neue Normalität.

„Public-Private-Partnership“ beim Archivbau in der Bewertung

In der Rückschau kann ich sagen, dass mir die Errichtung des zweiten Neubaus des Staatsarchivs Hamburg, an der ich verantwortlich mitzuwirken hatte, in angenehmerer Erinnerung ist als die des ersten, bei der ich auch im Einsatz war. Als die Bauphase endlich erreicht war, lief das meiste viel reibungsloser als beim ersten Mal. Das führe ich auf das Modell *Public-Private-Partnership* zurück. Die archivfachlichen Wünsche und Bedürfnisse für den Neubau waren definiert und vertraglich akzeptiert. In den Realisierungsprozess waren Archivbedienstete permanent einbezogen und konnten eingreifen, wenn etwas missverstanden worden war oder in eine falsche Richtung lief. In einer frühen Phase des Projekts haben wir Ingenieure unseres Vertrauens aus der örtlichen Hochbauabteilung gewinnen können, die uns ständig mit Rat und Hilfe zur Seite standen und mit uns zu den Verhandlungen und Baubesprechungen kamen. Sie waren vielfach die kompetenteren Gesprächspartner für unseren Partner, weil sie auf derselben Fachebene wie er zu Hause waren. Sicherlich hatten wir mit unserem Partner Glück. Er identifizierte sich mit dem Archivprojekt und hatte einen potenten Generalübernehmer des Baus an seiner Seite.



Verwaltungs- und Magazintrakt des Staatsarchivs Hamburg von der Ostseite.
Vorlage: Denkmalschutzamt Hamburg C0009686.

Aus meiner heutigen Sicht entspricht das, was wir vor gut zehn Jahren beim Archivneubau in Hamburg praktiziert haben und wofür damals nur ganz gelegentlich die Umschreibung *Public-Private-Partnership* gebraucht wurde, ziemlich genau dem, was heute als *Vertrags-Public-Private-Partnership* definiert wird. Diese basiert auf einem Tausch von Leistungen und Gegenleistungen, ist auf ein konkretes Projekt ausgerichtet und als spezifische Beschaffungsvariante für den öffentlichen Sektor zeitlich befristet.¹⁴ Die *Vertrags-Public-Private-Partnership* für den Neubau des Staatsarchivs Hamburg hat nach gut zwei Jahren ihren Zweck erfüllt. Der Erfolg ist zu besichtigen. Von der Idee bis zum Abschluss des Vertrags war eine fast dreimal so lange Zeit nötig, gefüllt mit umfangreichen Schriftsätzen, mit vielen Konferenzen, mit Anti-

chambrieren, mit Sondieren, mit Suche nach Helfern und Verbündeten, mit Konzipieren von Vorlagen usw. Auch da haben wir Glück gehabt, dass wir im Verlauf unseres zähen Bemühens in Politik und Verwaltung hilf- und einflussreiche Unterstützer des Projekts gefunden haben.

Veränderte Wahrnehmung des Staatsarchivs Hamburg im neuen Umfeld?

Das Staatsarchiv Hamburg ist inzwischen zehn Jahre am neuen Standort. Nach meinen Beobachtungen ist die Ausstrahlung des Komplexes zweigeteilt wie dieser selbst. Es gibt einerseits die Wahrnehmung des fensterlosen Magazinblocks. Er präsentiert sich als Solitär mit auffälligen Großkacheln den Autofahrern auf der an ihm vorbeiführenden stark frequentierten Durchgangsstraße und dient ihnen oft zur Orientierung. Signale, dass er bei ihnen auch Fragen nach seinem Inhalt aufwirft, kommen freilich nur sehr selten. Und es gibt andererseits die Wahrnehmung des Hauses, in dem gearbeitet wird, Informationen zu bekommen sind, Veranstaltungen und Ausstellungen stattfinden. Es ist zum grünen Wohnbereich orientiert und weckt das Interesse der Passanten. Bürger mit der Frage *Was wird hier eigentlich gemacht?* habe ich an der ABC-Straße in 25 Jahren nicht einmal getroffen. In Wandsbek stehen sie immer einmal wieder in der Eingangshalle des Archivs und freuen sich über Informationen. Ausgeschilderte wie auch regelmäßig organisierte Stadtteilrundgänge führen am Staatsarchiv vorbei. Mehr als die Architektur ziehen in der Regel die Urkundenreproduktionen auf der Magazinaußenhaut das Interesse der Vorbeispazierenden auf sich, sodass sich mancher Abschriften und Über-



Der Magazintrakt des Staatsarchivs Hamburg von der Ostseite. Vorlage: Denkmalschutzamt Hamburg C0009687.

setzungen davon geben lässt. Trotz solcher sympathischen Erfahrungen orientiert sich das Staatsarchiv natürlich nicht an den Bedürfnissen des Bezirks, in dem es nun seinen Sitz hat, sondern wirkt uneingeschränkt weiterhin als gesamtstädtische Einrichtung. Für die Wahrnehmung der archivischen Fachaufgaben hat die Verlegung des Archivs aus dem Stadtzentrum in ein Stadtteilzentrum keine Auswirkungen. Die Effekte ergeben sich aus den veränderten Räumlichkeiten. Vor allem in dieser Beziehung waren in Hamburg positive Effekte angestrebt und sind eingetreten.

Für die Erreichung der Öffentlichkeit mit Archivausstellungen und Veranstaltungen spielt dagegen der Standort des Archivs durchaus eine Rolle. Die Hamburger Erfahrung lehrt, dass ein Standort im Zentrum eine größere Frequenz be-

wirken kann als einer in einem der subzentralen Stadtteile. Erfahrung lehrt aber ebenso, dass es immer auf die Attraktivität des Angebots ankommt. Wenn sie gegeben ist, wird auch der gut erreichbare Standort außerhalb des Zentrums besucht. Jüngstes Beispiel ist die Archivausstellung *Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren – die 68er in Hamburg. Gesellschaft in Bewegung* (April – Juni 2008), in der ich bei jedem Besuch meiner früheren Wirkungsstätte interessierte Betrachter angetroffen habe und die wegen des regen Zuspruchs verlängert werden musste.

In Hamburg haben wir uns von den Vorstellungen früherer Generationen gelöst, dass das städtische Archivgut im Bereich der ehemals befestigten Innenstadt verwahrt werden sollte, und haben zugegriffen, als sich die Chance zu einer adäquaten Neubaulösung in anderem städtischen Umfeld bot. Wir haben uns auch bewusst von den eingangs erläuterten Kategorien *althamburgisch* und *neuhamburgisch* verabschiedet. Indem wir mit einer fast 300 Jahre bestehenden genuin althamburgischen Institution in einen Stadtteil umgezogen sind, der erst 60 Jahre zu Hamburg gehört, haben wir demonstriert, dass Alt und Neu inzwischen untrennbar zusammengewachsen sind. So gewinnt das Archiv, das in sich Vergangenheit und Zukunft verbindet, am neuen Ort einen besonderen Symbolwert.

Anmerkungen

- 1 Vgl. zu dem Begriff die unten in Anm. 11 angeführte Drucksache aus dem Jahr 2006.
- 2 Vgl. Jürgen *Bolland*: Der Neubau des Staatsarchivs Hamburg. In: *Archivalische Zeitschrift* 69 (1973) S. 17–35.
- 3 Der folgende Bericht basiert auf meinen Erinnerungen als verantwortlich Beteiligter und auf den Geschäftsakten des Staatsarchivs Hamburg, deren Einsichtnahme mir Herr Direktor Dr. Udo Schäfer zur Gedächtnisauffrischung freundlicherweise gestattet hat. Außerdem konnte ich mich auf einen Beitrag in der mir 1997 gewidmeten Festschrift stützen: Uwe *Plog* und Michael *Stoffregen*: Der lange Weg nach Wandsbek – Planung und Realisierung des zweiten Neubaus des Staatsarchivs Hamburg. In: *Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte* 83/1 (1997) S. 1–25.
- 4 Staatsarchiv Hamburg, Preisgerichts-Protokoll ... für ein Kontorhaus ABC-Strasse 19 ..., 31. Januar 1995, S. 9.
- 5 Hamburger Abendblatt vom 14. April 2000.
- 6 Wandsbeker Wochenblatt vom 15. Februar 1995.
- 7 Wie Anm. 6.
- 8 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 15. Wahlperiode, Mitteilungen zwischen Senat und Bürgerschaft, Drucksache 15/3811 vom 22. August 1995, Senatsmitteilung über Verlagerung des Staatsarchivs.
- 9 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 15. Wahlperiode, Plenarprotokolle 3: 36.–53. Sitzung. Hamburg 1996. S. 2584.
- 10 Auf Angaben zum fertigen Gebäude, zu seiner Architektur, Kapazität und Struktur sowie zur Magazinklimatisierung verzichte ich hier, da ich an anderer Stelle ausführlich darüber berichtet habe: Hans-Dieter *Loose*: Der Neubau des Staatsarchivs Hamburg. In: *Archivalische Zeitschrift* 83 (2000) S. 39–71.
- 11 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 18. Wahlperiode, Mitteilungen zwischen Senat und Bürgerschaft, Drucksache 18/4148 vom 25. April 2006, Senatsmitteilung über Konzept zur Realisierung von Public-Private-Partnership-Projekten.